

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 189. Ratssitzung vom 2. Oktober 2013

4334. 2012/422

Postulat von Cäcilia Hänni-Etter (FDP) und Severin Pflüger (FDP) vom 14.11.2012: Massnahmen gegen die Kostensteigerungen im Bereich der sonderpädagogischen Förderung

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Cäcilia Hänni-Etter (FDP)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3299/2012): Die Kosten im Bereich der Sonderpädagogik müssen stabilisiert werden. Seit der Abstimmung zum neuen Volksschulgesetz nahmen die Kosten um 42 % auf insgesamt 128 Millionen Franken zu. Wir haben das Angebot massiv ausgebaut. Heute sind rund 500 Lehrkräfte für Sonderpädagogik zuständig, rund 100 Lehrkräfte mehr als früher. Der Stadtrat hat deshalb 2008 ein Monitoring bezüglich Angebot und Anzahl verordneter Therapien angeordnet. Seit Frühling 2013 nimmt der Stadtrat auch die Kosten genauer unter die Lupe. Unsere Volksschule soll eine Bildungsinstitution bleiben. Sie soll nicht zu einer Therapiestätte werden. Sonderpädagogik sollte für diejenigen Kinder reserviert werden, die tatsächlich speziellen Förderbedarf haben. Die Fördermassnahmen müssen wieder in gesunde Bahnen gelenkt werden können.*

***Andrea Hochreutener (SP)** begründet den von Min Li Marti (SP) namens der SP-Fraktion am 28. November 2012 gestellten Ablehnungsantrag: Mit den Ressourcen im sonderpädagogischen Bereich wird sorgfältig umgegangen. Fachpersonen arbeiten eng zusammen. Davon profitiert die ganze Klasse. Auch die Zusammenarbeit zwischen den Lehrpersonen hat zugenommen. Das kann zu neuen Energien führen, die den Kindern zugute kommt. Das Geld im sonderpädagogischen Bereich wird am richtigen Ort eingesetzt. Die Kinder werden so unterstützt, dass sie sich individuell weiterentwickeln können und in der Regelklasse mitarbeiten können, dadurch später eine Lehre machen und sich im Beruf bewähren können.*

Weitere Wortmeldungen:

***Isabel Garcia (GLP):** Die GLP unterstützt das Postulat. Wir teilen die von der FDP vorgebrachten Bedenken. Es herrscht ein ungebremstes Wachstum von sonderpädagogischen Massnahmen. Das führt zu einer regelrechten Pathologisierung der Kinder. Das lehnen wir nicht nur aus Kostengründen ab, sondern auch, weil die Massnahmen oft*

wirkungslos sind. Man muss Kinder in schwierigen Phasen unterstützen und die notwendige Toleranz mitbringen für gewisse Verhaltensweisen, die zum Kindsein gehören. Eine Pathologisierung bringt niemandem etwas.

Ruth Anhorn (SVP): Die Massnahmen bringen hohe Kosten mit sich. Selbstverständlich ist die Kostensteigerung auch auf die steigende Anzahl Schülerinnen und Schüler zurückzuführen. Viele der Kinder sind auch fremdsprachig, haben Kriegserlebnisse oder sozialfamiliäre Probleme, die sich negativ auf die Lernbereitschaft auswirken. Bei der integrativen Förderung braucht es unbedingt schulische Heilpädagoginnen und – pädagogen, die die Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Leistungsschwächen übernehmen. Viele Lehrpersonen sind aber noch zu wenig ausgebildet. Zudem sollte für jedes Kind ein regelmässig aktualisiertes Dossier mit einer Zielvereinbarung geführt werden. Die sonderpädagogischen Massnahmen sind sehr aufwändig. Es ist fraglich, wie viel Nutzen sie bringen. Wir unterstützen das Postulat und hoffen, dass durch eine sinnvolle Zusammenlegung gewisser Fachbereiche eine Kostensenkung erfolgen kann.

Fabienne Vocat (Grüne): Wir haben vier Vorstösse der FDP. Sie sind alle überflüssig. Ich erwarte von der FDP, dass sie zumindest diesen Vorstoss zurückzieht. Sie wird nichts bewegen damit. Die Welt der Sonderpädagogik ist historisch gewachsen und sehr komplex.

Andrea Nüssli-Danuser (SP): Die ganze Umstrukturierung ist keine Sparmassnahme. Es geschieht zum Wohl des Kindes, wenn ein Kind mit den anderen Kindern aus dem Quartier zur Schule gehen kann und nicht separiert aufwachsen muss. Die Kosten steigen immer mehr an und es ist auch gut, dass das Schulamt ein Monitoring durchführt. Die pädagogischen Teams und die Zusammenarbeit müssen entwickelt und erprobt werden. Ein Reporting der Massnahmen ist absolut notwendig, wenn man eine Evaluierung vornehmen will. Es geht um Integration und möglichst gute Förderung. Dazu braucht es die sonderpädagogischen Massnahmen.

Severin Pflüger (FDP): Wir fordern mit dem Postulat eine ernsthafte Überprüfung, keinen Kahlschlag. Kinder, die in Regelklassen integriert werden können, sollen integriert werden. Wir wollen nicht, dass Kinder mit Bedarf an Förderung keine Förderung erhalten. Es gibt aber mittlerweile immer mehr Fördermassnahmen. Am Ende wird aus jedem Kind ein Spezialfall gemacht. Wir wollen, dass jedes Kind als Kind betrachtet wird, dass man es bildet und nicht vertherapiert.

Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP): Die Kosten explodieren tatsächlich. Angesichts der Finanzlage sollte man das Postulat unterstützen. Das Postulat bietet zwar nicht Hand zu konkreten Lösungen. Doch es zeigt auf, wie komplex die Materie ist. Die EVP unterstützt deshalb das Postulat. Wir wollen nicht, dass die Kosten weiter explodieren. Wir sind aber auch etwas ratlos im Bezug auf mögliche Lösungen. Der Stadtrat muss hier Lösungen präsentieren. Es müssen verschiedene Problembereiche betrachtet werden.

3 / 3

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Gerold Lauber: *Wir investieren viel Zeit in diese Fragen und nehmen das Thema ernst. In der Verordnung über die sonderpädagogischen Massnahmen 2009 ist klar definiert, dass jeder Schüler und jede Schülerin nach seinen oder ihren Möglichkeiten in der Regelschule unterrichtet werden muss. Wir befinden uns in schwierigen Zeiten und müssen Kosten sparen. Wir stehen dabei nicht nur vor einem betriebs- oder volkswirtschaftlichen Problem, sondern auch vor einem pädagogischen und ethischen Imperativ. Wir arbeiten an der Förderpraxis und evaluieren sie. Wir setzen Empfehlungen und vorgeschlagene Massnahmen um. Integration hat auch Grenzen. Man kann nicht jeden Schüler oder jede Schülerin in eine Regelklasse integrieren. Es braucht in jedem Fall eine individuelle Betrachtung. Den Kostenanstieg werden wir näher untersuchen. Ein Monitoring funktioniert mittlerweile. Allerdings kann man keine exakte Obergrenze der Kosten aller Massnahmen festlegen. Auch rechtlich geht das nicht. Wir sind aber daran, herauszufinden, wo eine gewisse Limite sein könnte. Wir haben ein Probudget definiert. Es sollte sich eine Begrenzung abzeichnen. Allerdings: Die Quote der Sonderschulung blieb in den letzten zwei Jahren relativ konstant. Die höheren Kosten sind auch nicht auf die Abschaffung der Kleinklassen zurückzuführen. Der Bund zahlt keine IV-Beiträge mehr, der Kanton leistet nicht mehr gleich hohe Beiträge und die Löhne sind gestiegen. Allgemein ist zu sagen, dass heute eine Tendenz besteht, sehr vieles sofort therapieren zu wollen. Alle Involvierten sind sensibilisiert, alle unsere Prozesse genauer zu betrachten.*

Das Postulat wird mit 73 gegen 40 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat